

Freie Hansestadt Bremen			Bremen, 17.10.2011
Ortsamt Horn-Lehe			
PROTOKOLL der öffentlichen Beiratssitzung			
DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
08.09.2011	19.15 Uhr	21.50 Uhr	Oberschule Ronzelenstraße, Aula
TEILNEHMER			
ORTSAMT	: OAL W. Ahrens, Vorsitzender U. Lütjens, Protokollführer		
BEIRAT/AUSSCHÜSSE	: siehe anliegende Liste		
GÄSTE	: Herr Albensöder, Senatorin für Bildung und Wissenschaft Herren Wiebel und Wiatrek, Senator für Inneres und Sport Herr Orlok, Universität Bremen Herr Schwarze, Landesschwimmverband Bremen Herr Brodbeck, SpielLandschaftStadt e.V.		
TAGESORDNUNG:			
1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls			
2. Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten			
3. Anträge aus dem Beirat			
4. Sanierung des Sportbades Universität			
5. Vorstellung des Vereins SpielLandschaftStadt e.V.			
6. Vergabe von Beiratsmitteln			
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters			
8. Verschiedenes			

Die Beiratsmitglieder wurden mit Schreiben vom 22.08.2011 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls

Die obige Tagesordnung wird einstimmig beschlossen, das Protokoll der Sitzung vom 22.06.2011 wird genehmigt.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Herr Hintmann ist von Bürgern mit der Bitte angesprochen worden, den Wunsch nach einer Sitzbank für die Bushaltestelle Helmer in stadtauswärtiger Richtung an das Ortsamt weiterzuleiten. Dazu erklärt Herr Ahrens, dass ein solcher Bürgerantrag beim Ortsamt vorliegt und er in dieser Sache bereits tätig war. Zunächst hat er sich an die BSAG gewandt, die sich für nicht zuständig erklärt hat, da es sich um öffentlich Verkehrsfläche handele, und auf das Amt für Straßen und Verkehr verwiesen hat. Das ASV sieht sich seinerseits als nicht zuständig und hat auf den Umweltbetrieb Bremen verwiesen. Vom Umweltbetrieb liegt bisher noch keine Rückmeldung vor, jedoch wird Herr Ahrens die Sache weiterverfolgen.

Zu TOP 3: Anträge aus dem Beirat

3.1. Antrag der CDU-Fraktion

Reinigung der Wasserkanäle im Bereich Rhododendronpark und Riensberger Straße

Der Beirat möge beschließen:

Der Deichverband wird aufgefordert, den Wasserkanal zwischen der Berckstraße und dem Rhododendronpark und den Seitenkanal der „Kleinen Wümme“ im Bereich der Riensberger Straße von Unrat zu befreien und die Kanäle so herzurichten, dass sie ihre vorgesehene Funktion zur Wasserhaltung erfüllen können.

Begründung:

Die Kanäle sind in den letzten Jahren stark verschlammmt und zu einer Mülldeponie degradiert worden. Ihrer eigentliche Aufgabe zur Wasserhaltung können sie daher nicht mehr gerecht werden. In den Monaten, in denen sie trocken fallen, verkommen sie zu Mülldeponien. Sie sollten daher sobald wie möglich gereinigt und die Uferböschungen teilweise wieder hergerichtet werden. Gerade der Kanal am Rhododendronpark ist kein gutes Aushängeschild für die ansonsten sehr gepflegten Grünanlagen.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

3.2. Antrag der CDU-Fraktion

Herrichtung des Rad- und Gehwegs parallel zur Achterstraße

Der Beirat möge beschließen:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, den Weg parallel zur Achterstraße hinter dem Betriebshof so verkehrssicher herzurichten, dass er auch bei Regenwetter sicher und problemlos von Fußgängern und Radfahrern gleichermaßen genutzt werden kann.

Begründung:

Dieser Antrag wurde bereits 2007 gestellt. Der Zustand des Weges hat sich seitdem weiter verschlechtert. Er wird als Verbindung zwischen der H.H.-Meier-Allee und der Riensberger Straße von Fußgängern und Radfahrern gleichermaßen stark genutzt. An Regentagen ist er wegen der zahlreichen Pfützen nicht nutzbar. Dieser Zustand kann nicht länger hingenommen werden. Eine einfache Planierung und ein Abstreuen mit Granulat reicht bereits aus, den Zustand des Weges mit geringen Kosten erheblich zu verbessern, bis eine Lösung zur endgültigen Sanierung gefunden ist.

Die Bedeutung dieses Weges hat stark zugenommen, weil wegen der zahlreichen parkenden Autos und dem Verkehr zum Betriebshof in der Achterstasse praktisch nur eine Fahrspur zur Verfügung steht. Zwischen dem ruhenden und fließenden Verkehr müssen die Radfahrer sehen, wo sie bleiben, es sei denn sie nutzen verkehrswidrig den Fußweg. Die Herrichtung des o.g. Weges bringt für Autofahrer und Radfahrer eine sehr deutliche Verbesserung hinsichtlich Verkehrssicherheit.

Zu dieser Thematik liegt des Weiteren ein Bürgerantrag vor, der inhaltlich die gleiche Zielsetzung verfolgt und über den daher simultan mit abgestimmt wird.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

3.3. Interfraktioneller Antrag

Kopernikusstraße durchgängig als Tempo-30-Zone ausweisen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat unterstützt die von der „Initiative Verkehrsberuhigung Kopernikusstraße und umzu“ erhobene Forderung, die Kopernikusstraße **durchgängig** als Tempo-30-Zone auszuweisen.

Darüber hinaus bittet der Beirat das Amt für Straßen und Verkehr, folgende Maßnahmen einschließlich der daraus resultierenden Folgen für den Anwohner- / Durchgangsverkehr auf ihre Machbarkeit bzw. Zweckdienlichkeit hin zu untersuchen:

- a) Sperrung der Franklinstraße im Bereich Einmündung Am Lehester Deich in Form einer Pollerlösung sowie Ausweisung der Franklinstraße als Sackgasse;
- b) Einführung einer veränderten Parkordnung in der Kopernikusstraße mit der Zielsetzung, die Straße für Schleichverkehre unattraktiver zu machen.

Der Beirat bittet das Amt für Straßen und Verkehr, das Ergebnis seiner Untersuchung auf einer

öffentlichen Sitzung des Verkehrsausschusses im Oktober 2011 vorzustellen und zu erläutern.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

3.4. Antrag der SPD-Fraktion

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Realisierung des Sportgartens am Jugendhaus

Der Beirat möge beschließen:

Für den Sportgarten im Ortsteil Lehesterdeich am Jugendhaus in der Curiestraße wurde Ende August 2011 mit dem Bau begonnen. Die zugrunde gelegten Planungen sind vor etlichen Jahren erstellt worden und werden erst jetzt umgesetzt. Von den zuständigen Stellen ist bei der Durchführung aller noch folgenden Planungen und Aktualisierungen sicher zu stellen, dass die Beteiligung auch von den derzeit dort im Umfeld wohnenden Kindern und Jugendlichen als zukünftigen Nutzern durchgeführt wird.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

3.5. Antrag der SPD-Fraktion

Wegsanierung Im Hollergrund

Der Beirat möge beschließen:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, im Haushalt 2012 Mittel bereit zu stellen, um den zur Lilienthaler Heerstraße parallel verlaufenden Fuß- und Radweg im Hollergrund auch bei schlechtem Wetter begehbar zu machen.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

3.6. Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen

Förderung der Stadtteilkultur

Seit der 800-Jahr-Feier im Jahre 1986 hat es nur wenige übergreifende Stadtteil-Veranstaltungen in Horn-Lehe gegeben, an denen Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Wirkungskreisen beteiligt waren.

Lediglich das im Zweijahresrhythmus vom Bürgerverein veranstaltete „Horner Mühlenfest“ ist inzwischen zum festen Bestandteil des Horn-Leher Kultur- und Stadtteillebens geworden, das unterschiedliche Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen zusammenführt.

Auch die Ausstellung „825 Jahre Horn-Lehe“ hat gezeigt, dass der Wunsch nach mehr Kommunikation und Kultur im Stadtteil besteht. Denn in Horn-Lehe gibt es viele Personen, Vereine und Institutionen, die sich sozial und kulturell engagieren. Jedoch ist dieses Engagement oftmals nur auf den eigenen engen Wirkungskreis beschränkt.

Dadurch liegen viele Potenziale, die sich aus der gegenseitigen Kenntnis der Tätigkeiten ergeben könnten, brach. Ein gegenseitiges intensiveres Kennen lernen würde diese Potenziale wecken und mögliche Synergieeffekte könnten genutzt werden.

Nach § 10 Absatz 1 entscheidet der Beirat über die Organisation und Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen im Stadtteil, sowie die Planung eigener stadtteilorientierter sozial- und kulturpolitischer Projekte.

Zu diesem Zweck wird der Beirat die Durchführung folgender Veranstaltungen unterstützen:

1. Benefizveranstaltungen

2. Neujahrsempfang

Beide Veranstaltungsarten sollen jeweils von einem Träger aus dem Stadtteil ausgerichtet werden. Der Beirat unterstützt dabei die Veranstalter im Rahmen seiner Möglichkeiten organisatorisch und ggf. durch die Bereitstellung von Beiratsmitteln im Einklang mit den Vergaberichtlinien.

Zu 1. Benefizveranstaltungen werden von Trägern ausgerichtet, die Mittel für einen gemeinnützigen Zweck einwerben wollen. Diese Veranstaltungen werden von den Trägern in eigener Regie geplant und durchgeführt; der Beirat leistet im Rahmen seiner Möglichkeiten Unterstützung durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit (Ansprache von interessierten Persönlichkeiten/Institutionen, Bekanntgabe auf Beiratssitzungen und auf der Internetseite, Aufforderung zur Beteiligung), Beratung sowie ggf. durch die Bereitstellung von Räumen und Mitteln. Die Anzahl der Benefizveranstaltungen soll i. d. R. zwei pro Jahr nicht überschreiten. Dabei sollen Institutionen, die noch keine Veranstaltung durchgeführt haben, den Vorrang haben. Ansonsten entscheidet die zeitliche Reihenfolge der Beantragung. In begründeten Fällen behält der Beirat sich vor, eine beantragte Veranstaltung nicht zu unterstützen.

Zu 2. Der Neujahrsempfang kann z. B. im (noch bestehenden) Saal des Ortsamtes stattfinden. Institutionen, die sich für die Ausrichtung des Neujahrsempfangs bewerben wollen, müssen dies jeweils bis zum 15. November des Jahres tun. Der Beirat unterstützt auch diese Veranstaltung durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit und Beratung. Der Veranstalter sorgt für die geeignete Bewirtung; der Beirat kann hierbei unterstützend mögliche Sponsoren ansprechen. Die Teilnahme am Neujahrsempfang ist für alle Einwohner des Stadtteils frei. Zur Stärkung der Stadtkultur wünscht und fördert der Beirat die Teilnahme von ortsansässigen Künstlern/Künstlervereinigungen, die auf diese Weise ihre Arbeit im Stadtteil der Öffentlichkeit präsentieren können.

Abstimmung: 14 ja, 1 Enthaltung

Zu TOP 4: Sanierung des Sportbades Universität

Auf der Beiratssitzung am 29.04.2010 hatte der Beirat bereits vor dem Hintergrund der Diskussionen um das Sportbad Universität einen Beschluss gefasst, der zum Tenor die Forderung nach Erhalt und Sanierung des Bades hatte. Dies geschah insbesondere, da es mit seiner 50-Meter-Bahn das einzig wettkampftaugliche Bad in der Gegend ist und zudem eine wichtige Funktion für das Schulschwimmen inne hat. Des Weiteren ist dazu eine Online-Petition mit 1964 Mitzeichnern bei der Bürgerschaft eingereicht worden. Hintergrund der heutigen Befassung ist der Wunsch, von den anwesenden Referenten Auskünfte zu bekommen zu den Fragen, ob der Bestand des Bades gesichert ist, welche Maßnahmen im Zuge der anstehenden Haushaltsaufstellung vorbereitet werden und wie sich die Zuständigkeit für das Unibad konkret darstellt.

Dazu erklärt Herr Wiatrek, dass sich seiner Einschätzung nach das Bad nicht in einem so schlechten Zustand befindet, wie es häufig dargestellt wird. Vielmehr sei das Bad nach wie vor in einem funktionsfähigen Zustand und es werde weiterhin in nicht unerheblichem Maß in das Bad investiert. Kritisch sieht er die Berichterstattung der Presse, in der das Bad seiner Meinung nach zum Teil schlechtgeredet wird. Auch möchte er keine Parallelität zum Zentralbad hergestellt wissen, weil dort andere Voraussetzungen vorgelegen hätten. So sei es damals aus städtebaulicher Sicht sinnvoll gewesen, das „Filetgrundstück“ einer anderen Nutzung zuzuführen. Dies ist beim Unibad nicht der Fall und auch ist nicht geplant, das Bad an einen Investor zu verkaufen.

Herr Orlok ergänzt, dass die Universität in den letzten drei Jahren circa 250.000 Euro in das Bad investiert hat und dieses somit für das Schul- und Vereinsschwimmen auch weiterhin in einem betriebsfähigen Zustand erhalten wird. Gleichwohl besteht aufgrund des Alters von 32 Jahren ein

Grundsanierungsbedarf, für den der Universität jedoch nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb wird bis Ende des Monats eine Potenzialstudie erstellt, anhand derer ermittelt wird, ob im Rahmen eines Contractings ein Investor für Sanierungsmaßnahmen gefunden werden kann. Dieses Modell sieht vor, dass mit den durch die energetische Sanierung erwirtschafteten Einsparungen das Investment refinanziert wird. Die Universität hat bereits Erfahrungen auf dem Gebiet des Contractings gesammelt und auf diese Weise Sanierungen des Sportturms, der Sporthalle und der Bibliothek vornehmen lassen. Konkret geht man seitens der Universität von einem Investitionsbedarf in Höhe von etwa 1 Millionen Euro für die Lüftungsanlage und etwa 500.000 Euro für das Dach aus. Für den Teilbereich des Daches besteht jedoch das Problem, dass der Break-even-Point erst nach etwa 20 Jahren erreicht wäre, Investoren aber eher in Zeiträumen von fünf bis sieben Jahren operieren. Bisher können keine potenziellen Investoren für das Contracting-Modell benannt werden, da das Vergaberecht vorsieht, dass nach Abschluss der Analyse eine Ausschreibung vorgenommen wird und der betreffende Investor im Rahmen der Vergabe bestimmt wird. Bis zu einer Umsetzung der Bauvorhaben rechnet Herr Orlok auf Nachfrage mit einem Zeitraum bis etwa Mitte nächsten Jahres.

Herr Albensöder ergänzt zur Frage der Zuständigkeiten, dass diese vertraglich unmissverständlich fixiert sind. Demnach ist es Aufgabe der Universität, den betriebsfähigen Zustand des Bades zu gewährleisten. Dem kommt die Universität auch nach, daher gäbe es keinen Anlass, über eine mögliche Schließung zu spekulieren. Allerdings bestätigt Herr Orlok auf Nachfrage, dass für eine kontinuierliche Wettkampffähigkeit des Bades die sechs Lüftungsanlagen ausgetauscht werden müssten, was die Kapazität der Universitätsmittel übersteigt.

Herr Schwarze legt dar, dass aus Sicht des Landesschwimmverbandes mit Aufgabe des Sportstudienganges die Universität kein originäres Eigeninteresse am Bad mehr habe. Zudem bedauert er, dass die vormals erwähnte Petition nicht rechtzeitig bis zur Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes abgearbeitet sein wird und daher in diesem Zusammenhang wohl keine Berücksichtigung finden wird. Auf einer Ortsbegehung des Unibades im Februar mit Herrn Orlok hat dieser einen Sanierungsbedarf in Höhe von circa 7 Millionen Euro konstatiert. Eine Überprüfung dieser Einschätzung durch die Bremer Bädergesellschaft soll ergeben haben, dass die genannte Summe eher einen Minimalbetrag darstellt, da die von der Universität vorgesehene Überstreichung der Fliesen nach Meinung der Gesellschaft nicht ausreichen wird und diese daher eher von einem Investitionsvolumen von bis zu 10 Millionen Euro ausgeht.

Bezeichnend für die derzeitige Wettkampftauglichkeit des Bades ist aus Sicht von Herrn Schwarze die Absage des Norddeutschen Schwimmverbandes für die Norddeutschen Meisterschaften aufgrund des Hallenzustandes.

In der folgenden Diskussion kommt es seitens der Beiratsmitglieder zu folgenden Aussagen:

- Es wurde versäumt, externe Mittel zu akquirieren; insbesondere das Konjunkturpaket II hätte die Chance dazu geboten.
- Fraglich ist, ob tatsächlich die alleinige Zuständigkeit bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit zu sehen ist; vielmehr ist zu hinterfragen, ob nicht auch der Senator für Inneres und Sport und andere an der Finanzierung beteiligt werden müssten.
- Der mit 7 Millionen Euro veranschlagte Sanierungsbedarf sei zu hinterfragen; dies habe die Debatte um die geplante Schließung des Horner Bades gezeigt, als in der Folge eine Sanierung mit der Hälfte der vormals kalkulierten Sanierungskosten umgesetzt werden konnte.
- Der Erhalt des Bades muss unabhängig vom Ausgang des avisierten Contracting-Verfahrens sichergestellt sein und auch im Fall dessen eventuellen Scheiterns zum Tragen kommen.

Herr Wiatrek betont erneut, dass keine Schließung des Bades angedacht ist. Vielmehr warnt er davor, ein „Schreckensszenario“ zu konstruieren und appelliert, eine gemeinsame Lösung anzustreben. Diese sieht er im bereits geschilderten Contracting, welches bereits erfolgreich beim Schlossparkbad und dem Hallenbad Huchting praktiziert wurde. Darüber hinaus wird am kom-

menden Montag ein Treffen der Staatsräte der betroffenen Ressorts Bildung bzw. Inneres und Sport stattfinden, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Herr Wedemeyer vom Landestauchsport-Verband erinnert daran, dass für den Tauchsport bereits die Sportstätten Herbert-Ritze-Bad, Zentralbad, Südbad und das Bad in Walle weggefallen sind und für die Verbandsmitglieder nur noch das Unibad zur Verfügung steht. Die kontinuierliche Verschlechterung dessen Zustandes hat er aus eigener Anschauung in den letzten 25 Jahren beobachtet und macht sich deshalb Sorgen um die Funktionalität des Bades. Er bittet, die von Bürgern in der Presse vorgebrachten Aspekte und den Inhalt der Petition ernst zu nehmen und diese von Behördenseite nicht als ein Schlechttreden abzutun. Auf die Frage von Herrn Wedemeyer, ob zur Finanzierung der Sanierung Erhöhungen der Eintrittspreise zur Disposition stehen erklärt Herr Orlok, dass diese lediglich über die Einsparungen der Energiekosten aufgrund der energetischen Sanierung erwirtschaftet werden sollen.

Frau Waltraut Erhardt erklärt als Vertreterin eines Schwimmvereins, dass es ihrer Ansicht nach eines klaren Bekenntnisses des Bürgermeisters und des Senats zum Erhalt des Bades bedarf.

Herr Helmut Sander vom Schwimmverein Bremen von 1910 e.V. stellt dar, dass lediglich gefordert werde, was durch Versäumnisse in der Vergangenheit entstanden sei. Wäre das Bad besser und regelmäßiger unterhalten worden, wäre der heutige Status quo gar nicht entstanden.

Auf die Nachfrage, ob die Stadt selbst als Investor im Rahmen des Contractings agieren kann erläutert Herr Wiatrek, dass dies vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltslage nicht darstellbar ist und somit auf einen externen Geldgeber gesetzt werden muss.

Anschließend stimmt der Beirat über folgenden von Herrn Koppel eingebrachten und im Rahmen der Diskussion modifizierten Beschlussvorschlag ab:

„Die Schwimmsporthalle der Universität Bremen ist in einem schlechten Zustand, der eine umfangreiche und aufwändige Sanierung notwendig macht.

Die Schwimmsporthalle wird nach der Aufgabe des Fachbereichs Sport von Schwimmvereinen, Schulen und in geringerem Maß vom Hochschulsport und der privaten Öffentlichkeit genutzt. Da die Universität im Laufe der vergangenen Nutzung die notwendigen Schritte zur Sanierung unterlassen und nunmehr eine nur noch eingeschränkt nutzbare Halle zur weiteren Nutzung hinterlassen hat, ist die Universität weiterhin in der Mitverantwortung für eine funktionsfähige Schwimmhalle.

- Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senat auf, sich eindeutig zum Erhalt der Schwimmsporthalle im Technologiepark mit ihrer 50-m-Bahn zu bekennen.
- Die für die Sanierung notwendigen Mittel sind im Haushalt einzustellen.
- Der Beirat fordert den Senat auf, die Zuständigkeit für das Uni-Bad zu überprüfen und umgehend ein Ressort (oder eine Institution) zu benennen, das die Verantwortung für die Sanierungsschritte trägt.
- Nach Ansicht des Beirates sind alle beteiligten Ressorts und Institutionen (Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Inneres und Sport sowie Universität Bremen) an der Finanzierung zu beteiligen.
- Um die notwendige Sanierung des Bades unter Berücksichtigung der Haushaltslage zu gewährleisten, ist zu prüfen, ob auf einzelne Sanierungsschritte verzichtet werden kann und ob preiswertere Lösungen (vgl. Horner Bad) unter Erhalt aller Funktionen für den Wettkampfsport möglich sind. Dabei ist die Sanierung ggf. auf mehrere Haushaltsjahre zu verteilen und entsprechend einer aufzustellenden Prioritätenliste schrittweise innerhalb eines festen Zeitkorridors abzarbeiten.“

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

Zu TOP 5: Vorstellung des Vereins SpielLandschaftStadt e.V.

Herr Brodbeck stellt den im Stadtteil ansässigen Verein SpielLandschaftStadt e.V. anhand einer Powerpoint-Präsentation vor und gibt detaillierte Informationen zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Vereins.

Das Leitbild der beispielbaren Stadt wurde vor einigen Jahren unter Beteiligung der Bürger diskutiert und verabschiedet. Dabei wurde festgestellt, dass die öffentlichen Spielplätze nicht ausreichen, um den bestehenden Bedarf abzudecken. Einer der Bausteine des entstandenen Kozeptes ist die Gemeinschaftsaktion „SpielRäume schaffen“. Diese ist 1997 in Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk e.V. und dem Senator für Jugend in Bremen entstanden. Es gibt einen Fördertopf, aus dem Initiativen bis zu 2.600 Euro pro Jahr Zuschuss zur Schaffung von Spielflächen erhalten können. Zudem gibt es ein aus zwei LandschaftsplanerInnen und Honorarkräften bestehendes Mobil-Team, welches vor Ort bei Planung, Gestaltung und Realisierung der Vorhaben berät und unterstützt. Auch können vom Team Beteiligungsverfahren durchgeführt, Unterstützung bei Verhandlungen mit Behörden geleistet, Moderationsverfahren bei Schwierigkeiten mit Nachbarn praktiziert und Hinweise auf weitere Förderungsmöglichkeiten gegeben werden. Des Weiteren bietet der Verein Sicherheitsschulungen und jährliche Untersuchungen der Spielstätten an. Wichtig ist aus Sicht des Vereins, die Mehrfachnutzung von Flächen wie Straßen und Parkplätzen und zeitlich begrenzte Zwischennutzungen zuzulassen. Dabei sollen die Kinder als Experten begriffen werden und in ihren Wünschen und Bedürfnissen ernst genommen werden. Seit Bestehen wurden mittlerweile über 200 Projekte gefördert, darunter Kindergärten, Schulhöfe, Sport- und Kleingartenvereine und Kirchen. In Horn-Lehe unterstützte Projekte wurden zum Beispiel in der Weyerbergstraße, Im Hollergrund, am Jugendhaus, in der Gartenallee und an den Grundschulen Horner Heerstraße und Philipp-Reis-Straße durchgeführt.

In den letzten Jahren lag der Förderschwerpunkt im Bereich der Jugendprojekte, wofür ein Sonderfond eingerichtet wurde.

Ein weiteres vom Verein geschaffenes Projekt ist bemil - das BewegungsErnährungsMobil. Dabei handelt es sich um einen Autoanhänger, der eine Bewegungsbaustelle beinhaltet. Diese hat das Ziel, Kinder zu motivieren sich mit Freude zu bewegen, ihre Feinmotorik zu verbessern, ihrer Fantasie freien Lauf zu lassen, in Kontakt mit anderen Kindern zu treten und gemeinsam etwas zu gestalten. Das Besondere an diesem Mobil ist die Verknüpfung von Bewegung mit Ernährung. Spielerisch sollen Kinder Wichtiges über den Bereich Ernährung lernen und erfahren, dass diese Themen Spaß machen können. Das Mobil kann im Rahmen von Straßenfesten, Schulveranstaltungen, Geburtstagen und Ähnlichem benutzt werden.

Ferner betreibt der Verein das Spielflächen-Informationssystem, in dem alle Spiel- und Aktionsräume, hausnahen und öffentlichen Spielplätze Bremens erfasst und abrufbar sind.

Jährlich wird ein Fortbildungskalender mit Veranstaltungen unterschiedlicher Art veröffentlicht. Weiterhin hat der Verein an der Entwicklung der Spielleitplanung in Schwachhausen mitgewirkt und veranstaltet jährlich die Straßenspielaktion zum Weltkindertag. Ein neues Projekt ist das der temporären Spielstraße. Hierbei werden derzeit drei Straßen in Bremen für bestimmte Zeiträume zu Spielflächen umfunktioniert.

Abschließend weist Herr Ahrens auf die am 06.10.2011 stattfindende Sitzung des Ausschusses Soziales und Kultur hin, in der es unter anderem auch um das Thema Spielplätze und die Erörterung einer Spielleitplanung für Horn-Lehe gehen wird und lädt Herrn Brodbeck dazu ein.

Zu TOP 6: Vergabe von Beiratsmitteln

lfd.-Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragsbetrag	Beschluss	Abstimmungsergebnis
20	TV Eiche Horn e.V.	Ausstattung Beachvolleyballanlage	900,00	900,00	einstimmig
21	Refugio Bremen e.V.	Ausstattung von Arbeitsplätzen	320,00	Ablehnung	6 ja, 7 nein, 1 Enthaltung
22	Spielwiese Weyerbergstraße e.V.	Austausch des Spielturmes	5.999,90	2.000,00 sofern Gesamtfinanzierung gesichert	einstimmig
23	Nicole Huwald	Verschönerung des Spielplatzes Anna-Wegener-Weg	400,00	400,00	einstimmig
24	Nachbarschaftsinitiative Helmer	Miete der Hüpfburg für das Straßenfest Helmer	569,00	250,00	einstimmig,
27	Beirat Horn-Lehe	Stand beim Horner Mühlenfest	bis 300,00	bis 300,00	einstimmig

Zu TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Herr Ahrens teilt mit, dass die Deutsche Bahn AG auf die Forderung des Beirats Horn-Lehe, beim nächsten Bauabschnitt der Lärmschutzwände entlang der Bahnlinie in Richtung Oberneuland durchgängig aktiven Lärmschutz umzusetzen mit einem abschlägigen Schreiben reagiert hat. Darin wird umfangreich dargelegt, dass diese Umsetzung gegenüber den von der Bahn favorisierten passiven Lärmschutzmaßnahmen für die relativ wenigen betroffenen Anlieger in einem krassen wirtschaftlichen Missverhältnis läge. Die vorgelegte Argumentation ist laut Herrn Ahrens schwierig zu entkräften. Falls jedoch neue Aspekte ins Feld geführt würden, die für den aktiven Lärmschutz sprächen, würde Herr Ahrens diese natürlich weiterverfolgen.

Zu TOP 8: Verschiedenes

Frau Garde fragt nach, wie es mit der im Ausschuss Zukunft und Stadtteilentwicklung begonnenen Erörterung zum Thema Jugendbeteiligung weitergehen wird. Diese wird laut Herrn Ahrens in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses fortgesetzt werden.

Ahrens
Vorsitzender

Hanke
Beiratssprecherin

Lütjens
Protokollführer